



# Unabhängige Bauernzeitung

„GZ02Z030371M“ P.b.b.  
Verlagspostamt: 4020 Linz

INFORMATIONEN des Österr. Unabhängigen Bauernverbandes

Nr. 95/04/13



*Neues schaffen, heißt Widerstand leisten.*

*Aus: „Empört Euch“ von Stéphane Hessel.*

## EMPÖREN STATT FEIERN !

Ihr 80-jähriges Bestehen feierte am 8. März die Landwirtschaftskammer OÖ, eine öffentlich rechtliche Körperschaft. Als UNABHÄNGIGE Interessenvertretung der Bauernschaft laut Gesetz. Als Sprachrohr, zum Schutz und Wohl ihrer Mitglieder da zu sein ist ihr Auftrag. Denn darauf begründet sich die Pflichtmitgliedschaft.

Aber ist sie das noch? Unabhängig, vorrangig eine berufsständische Interessen-

vertretung der Bäuerinnen und Bauern? Ein aktiver, offensiver Sozialpartner, der sich Anerkennung verschafft hat und allgemeine Wertschätzung genießt? Der auf Augenhöhe mit Wirtschaftskammer, Arbeiterkammer und ÖGB redet, handelt und verhandelt? Eine Kammer, die sich für jede Bäuerin und jeden Bauern erfolgversprechend bemüht, zum Erhalt von deren Existenz? Mit allen ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten das Höfesterben verhindert, weil dieses zur Entsiedelung, zur Ausdünnung des Ländlichen Raumes, zur Verwaltung und zur Verwilderung der Kultur- und Erholungslandschaft führt? – Tut dies alles UNSERE Interessenvertretung, UNSERE Kammer?

Oder ist es heute nicht vielfach so, dass sich das Kammerpräsidium als Verteidiger bzw. Vollstrecker von Parteibeschlüssen hervortut? Zulässt, dass Parteiargumente gegenüber den beruflichen Sachargumenten Vorrang genießen? Dass die UNABHÄNGIGE Interessenvertretung zum verlängerten, vollziehenden Arm von Landwirtschaftsministerium und der AMA wurde und die Pflichtmitglieder ihre Vertretung verlieren? Man Meinungsverschiedenheiten, Auffassungsunterschiede mit den Sozialpartnern nicht am runden Tisch mit ihnen diskutiert und ausredet, sondern Unfreundlichkeiten über die Vollversammlung und die Medien ausrichtet?

Sind wir als bäuerliche Interessenvertretung so stark und mächtig, dass wir uns all das leisten können? Oder wäre nicht eine echte, gepflegte, verständnisvolle „Partnerschaft auf Gegenseitigkeit“ hilfreich und wünschenswert? Haben wir immer noch nicht genug Lehrgeld gezahlt und sind froh eine total schwarze, parteigehorsame Kammer als Beratungs- und Bildungszentrale zu haben? – Wir vom UBV wollen das nicht einfach widerstandslos hinnehmen, deshalb demonstrierten wir, anstatt zu feiern.

geno

## UBV UNTERSTÜTZTE BAUERNBUNDDEMO !

An sich ist das ja nichts Außergewöhnliches, der Unabhängige Bauernverband hat ja seit jeher alle zielgerichteten, im Interesse des Berufsstandes liegende Aktionen unterstützt. Bisher war es halt nur so, dass der Bauernbund – der einst Bauerndemonstrationen scharf verurteilt hat – nur dann zu solchen aufrief, wenn kein ÖVP-Agrarminister die heimische Agrarpolitik zu verantworten hatte. Da wusste dann die BB-Führung auch ganz genau was daran falsch ist und den Bauern Probleme macht.

Doch zurück in die Gegenwart, zum 16. April, an dem die Bauernbundführung zur Demonstration für die Almbauern aufrief. Dieser Tag wurde gewählt, weil da der Landwirtschaftsminister mit Spitzenköchen im Schlosshotel Fuschl war. Ausgelöst wurde das alles, weil der Druck auf den Bauernbund einfach zu groß wurde durch die vielfachen Aktivitäten des Sepp TIEFENBACHER, UBV-Pinzgau, mit seinen Almbauern sowie die erfreulich große mediale Unterstützung, besonders seitens der Kronenzeitung. Nachdem die Almbauern wiederholt bei BERLAKOVICH mit ihren Forderungen abgeblitzt waren, blieb nur mehr, sich lautstark über eine Demonstration in aller Öffentlichkeit Gehör zu verschaffen. Das hatte man zwar bisher dem UBV als völlig sinnlos und negativ für die Bauernschaft vorgeworfen, aber was solls ...

## **Auf zur Bauerndemonstration !**

Mit diesem Appell hat UBV-LO Georg ESSL die Bäuerinnen, Bauern, Austragsleute und die bäuerliche Jugend aufgerufen, sich der vom BB organisierten Demonstration gegen die nicht mehr tragbare Politik unseres Landwirtschaftsministers anzuschließen und mitzumachen. Für die Almbauern und um zu beweisen, dass man doch noch mehr als drei Bauern unter einen Hut bringen kann, und weil es so einfach nicht weitergehen darf.

Heute sind die Almbauern dran ... morgen die Mutterkuhbetriebe und übermorgen dann die restlichen Bäuerinnen und Bauern, auf deren Rücken und auf deren Kosten der Herr Landwirtschaftsminister seine Fehler abwälzt. Der Appell endet mit „Auf Bauern wehrt euch!“ – Und sie kamen, zahlreich, leisteten damit tatkräftige Unterstützung, wichtige Bauernanliegen öffentlich zu machen.

Nun aber stehen in Salzburg vorzeitige Landtagswahlen vor der Tür und dies war für die ÖVP-Spitze ein willkommener Anlass aus einer Bauerndemo eine ÖVP-Wahlversammlung zu machen. Wie oft hat man denn schon die Gelegenheit vor über 800 Bauersleuten Wahlparolen zu schmettern und auf die ANDEREN zu schimpfen. So war von ÖVP-Seite so ziemlich alles da, was im Land Salzburg Rang und Namen hat. Nach dem Initiator der Demo LKR Toni WALLNER sprach LH-Stellvertreter HASLAUER – wahlkämpferisch. Auch Hofrat SCHWEIGER, möglicher Nachfolger des vor kurzem zurückgetretenen Agrarlandesrates EISL wurde vorgestellt.

## **Minister weiterhin uneinsichtig**

Zu all den schon bestehenden Problemen für die Bauern im Zusammenhang mit GAPneu und Einheitswertfeststellung/neu kamen jetzt auch noch die vielfach existenzbedrohenden für die Almbauern dazu. Innerhalb der Bauernschaft brodelt es mächtig, doch BERLAKOVICH bleibt konsequent. Sagt immer dasselbe, zeigt sich noch immer uneinsichtig und weist den Bauern die Verantwortung für den Schlamassel zu. Die Langmut der Bauernschaft scheint unerschöpflich zu sein.

## **ABER KEIN ZWEITES MAL**

Warum just Österreich, das sich vielfach schon mit vorauseilendem Gehorsam gegenüber Brüssel hervorgetan hat, just bei der Almflächenfeststellung eine EU-Richtlinie missachtete, bleibt ein gut gehütetes Geheimnis von Min. BERLAKOVICH. Jedenfalls haben deswegen jetzt die Almbauern den sprichwörtlichen „Scherm“ auf und die Kommission hat ein Verfahren auf Rückzahlung eingeleitet.

Es ist vorstellbar, dass sich die Kommission nicht ein zweites Mal von Österreich düpiieren lässt. Denn zweifelsfrei hat sich schon bis Brüssel herumgesprochen, dass es in Österreich schon seit Jahren Betriebe gibt die EU-Prämien bekommen, für die es auf den Höfen gar keine Voraussetzung gibt. Aber alles ist rechtens, denn die Regelung mit dem Basisjahr hat doch sicher die Kommission genehmigt.

## **AN IHREN TATEN SOLLT IHR SIE ERKENNEN !**

In einer Pressekonferenz, Ende Feber, betonte BB-Präsident NR Jakob AUER, dass er an seiner Forderung festhält, künftige Kürzungen von EU-Agrargelder an Österreich, durch nationale Mittel auszugleichen. Es handle sich dabei um 48 Mio. Euro jährlich. Wenn diese aus dem Agrarbudget aufzubringen seien,

Bürgerservice und Ombudsstelle beim Landwirtschaftsministerium:

Dr. Gustav FISCHER · Mo–Fr von 8–15 Uhr · Tel. 0810 200 900 · Fax 01 71100 -2127 · Ortstarif

werde man sich an jenen Mitteln bedienen, die unter „Ländliche Entwicklung“ in den nichtagrarischen Bereich fließen. – Weiters sieht Präsident AUER den Minister bei den AMA-Kontrollen gefordert, will einen neuen Prüfungskatalog und bei Vor-Ort-Kontrollen eine Ankündigung 14 Tage im Voraus. „Die Fläche ist ja in 14 Tagen nicht veränderbar!“

## SCHON GEWUSST, DASS ...

- ▶ ... Frankreich bereits die Verlängerung der Mutterkuhquote bis 2020 beschlossen hat und an einem Modell zur Weiterführung der Milchquote bis 2020 arbeitet.
- ▶ **...die ÖVP-Abgeordneten in der Nationalratssitzung am 6. März d.J. namentlich gegen die Wiedereinführung der Agrardieselrückvergütung gestimmt haben?**
- ▶ **...jedes Familienmitglied, das Pflanzenschutzmittel transportiert, einen Pflanzenschutzmittel-Führerschein braucht? (Fällt unter „Entbürokratisierung!“)**
- ▶ ... nach wie vor 25 Millionen ausländischer Schweine bei der Schlachtung in Österreich den „AT“-Stempel (als Herkunftsbezeichnung) bekommen?
- ▶ ... Theresia MEIER, Vizepräsidentin der LK-NÖ und neue SVB-Obfrau erklärte, „es werde durch die neue Einheitswertregelung kaum zu Veränderungen kommen, weil ein Drittel der Betriebe unter der Mindestbeitragsgrundlage liegt. So mancher Bauer wird aber mehr an Beiträgen zahlen müssen“.
- ▶ ... sich COPA und COGECA entschieden gegen die Vorschläge der Kommission aussprechen, die Direktzahlungen 2013 um 5 % zu kürzen. „Dieser Schritt war nicht geplant, gefährdet wichtige Investitionsentscheidungen der Bauern und war von ihnen nicht kalkuliert. Bei Produktionskosten, die kaum über den Marktpreis gedeckt werden und einer zunehmenden Marktvolatilität ist dies das Letzte was Landwirte und Genossenschaften brauchen. **Schließlich verdienen die Landwirte nur die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens in der EU.** Mit fast 40 Mio. Beschäftigten im EU-Agrar- und Ernährungssektor bedrohe dieser Schritt Wachstum und Beschäftigung in den ländlichen Gebieten und verschärfe die dortige Krise.“

## WIDERSPRÜCHE, DIE NICHT AUFFALLEN

- ▶ Qualitätsvolle Agrarprodukte müssen, auch bei steigenden Produktionskosten billig, für alle Konsumenten leistbar bleiben. – Energie, Wohnungen, Mieten müssen den Kostenerhöhungen und der Inflation angepasst werden.
- ▶ **In der gesamten Wirtschaft der EU sind die „Kleinen und Mittleren Unternehmen“ (KMU) von entscheidender Bedeutung und es geschieht viel für sie. – In der Landwirtschaft spricht man zwar über deren Bedeutung, in Wirklichkeit fallen sie aber in das Kapitel Strukturwandel.**
- ▶ Kleine und mittlere Bauernbetriebe zahlen die volle Last der SV-Beiträge. – Große Betriebe mit Eigenbesitz oder Zupachtung sind begünstigt durch ein Limit nach oben, weshalb jeder aufgegebene kleine Betrieb einen finanziellen Verlust für die SVB darstellt.
- ▶ Regierungen und Parteien betonen ständig die Wichtigkeit und Bedeutung einer nachhaltigen, auch kleinstrukturierten Landwirtschaft. – Ministerien und Parlament beschließen jedoch Gesetze, Verordnungen, Agrarprogramme, die (innovative) Wachstumsbetriebe, Intensität und Industrialisierung begünstigen und fördern.

## BEITRITTSERKLÄRUNG

Hiermit trete ich dem „**Österr. Unabhäng. Bauernverband**“, Landesverband \_\_\_\_\_ bei.

Vor- und Zuname: \_\_\_\_\_ geb. am: \_\_\_\_\_

Hausname: \_\_\_\_\_ Wohnort: \_\_\_\_\_

Post: \_\_\_\_\_ Tel/Fax/E-Mail: \_\_\_\_\_

Land- u. Forstw. Einheitswert: \_\_\_\_\_ Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

Ich erhalte die „**Unabhäng. Bauernzeitung**“ (UBZ) **kostenlos** (nach Einzahlung von mindestens 25,- Euro/Jahr).

*Bitte einsenden aus:* NÖ + Bgl. + Wien **an:** Ingrid Rappersberger, Eisguggen 1, 3243 St. Leonhard/Forst  
 OÖ + Krnt. + Vrbg. **an:** Johann Lohner, Aigelsberg 6, 4951 Polling  
 Salzburg + Tirol **an:** Simon Klausner, Girlingstraße 4, 5161 Elixhausen  
 Steiermark **an:** Johann Ilsinger, Erlsberg 14, 8953 Donnersbach

# BURGENLAND:

## NUR 41,64 % GINGEN ZUR WAHL

Am 10. März 2013 hat im Burgenland die Landwirtschaftskammerwahl stattgefunden. Lediglich der ÖVP-Bauernbund sowie die SPÖ-Bauern haben kandidiert. In Zeiten wo bei Wahlen im Allgemeinen die antretenden Gruppierungen ständig mehr werden, reduzierte sich just bei einer Landwirtschaftskammerwahl die Zahl der Wählergruppen auf nur mehr zwei. Auf die Parteibauernorganisationen der Regierungsparteien. Dies, und wenn bei einer Wahl in die gesetzliche Interessenvertretung der Bauern, nur 41,64 % der Wahlberechtigten (um 6,31 % weniger als 2008) ihre Stimme abgeben und davon noch einmal rund 1,5 % ungültig wählen, da wäre Nachdenken wohl angebracht. Welchen Wert, welche Glaubwürdigkeit und welchen Rückhalt hat eine berufsständische Interessenvertretung, die nur mehr von 40 Prozent ihrer Pflichtmitglieder gewählt wird?

Wahlberechtigt sind im Burgenland alle Eigentümer land- und forstwirtschaftlich genutzter Flächen ab 5.700 qm sowie die Vertreter landwirtschaftlicher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften. Das offizielle Wahlergebnis lautet:

WAHLBERECHTIGTE	ABGEBEBENE STIMMEN	WAHLBETEILIGUNG 2013	WAHLBETEILIGUNG 2008	UNGÜLTIGE STIMMEN	GÜLTIGE STIMMEN
63.943	26.625	41,64 %	47,95 %	386	26.332

Für den ÖVP-Bauernbund votierten 19.223 Wahlberechtigte, das sind 73,26 % der abgegebenen gültigen Stimmen, ein Plus von 1,43 % gegenüber den Wahlen 2008. Die SPÖ-Bauern erhielten 7.016 Stimmen, also 26,74 %, ein Plus von 1,76 % gegenüber 2008. Die Mandatsverteilung in der Vollversammlung lautet: ÖVP/BB 23 Mandate (bisher 24) und SPÖ-Bauern 9 Mandate (bisher 8). Langzeitkammerpräsident Stefan HAUTZINGER ist damit auch für seine 5. Periode wiedergewählt.

Wie gar nicht anders zu erwarten, sprechen beide Bauernorganisationen von einem guten, erfolgreichen Wahlergebnis. Dies obwohl auf den ÖVP-Bauernbund nur mehr 30,04 % und auf die SPÖ-Bauern nur 10,92 % der Stimmen aller Wahlberechtigten entfielen. Berufsständisch gesehen und nüchtern betrachtet, ist so ein Ergebnis alles andere als erfolgreich und gar nicht vielversprechend für die kommenden fünf Jahre. Auch demokratiepolitisch sollten sich eigentlich die Gewählten diesbezüglich Gedanken machen, aber derartige Erwartungen sind wohl hoffnungslos.

SPÖ-Landesparteivorsitzender Landeshauptmann NIESSL aber motivierte das „beste Bundesländerergebnis bei Landwirtschaftskammerwahlen“, um (wahl)kämpferische Töne anzuschlagen. Er fordert nun Änderungen in der Agrarpolitik, im Bereich Förderungen. Geht es nach ihm, dann sollten alle Bauern, die mehr als 300 Hektar Eigengrund besitzen, in Zukunft von Förderungen ausgeschlossen werden. – Es wird interessant werden, welche – für die Bauernschaft sinnvollen – Reformen in der Agrarpolitik, die Bundespartei der SPÖ, derzeit die größere Regierungspartei, im Parlament einbringt und dort auch mit allem Nachdruck vertritt.

## DAS WETTER SPIELT VERRÜCKT!

Extreme Sommertrockenheit im Vorjahr, jetzt Wasser im Übermaß und ein nicht enden wollender Winter. An ein so spätes Frühjahr können sich auch sehr alte Berufskollegen nicht erinnern. – Nach den ergiebigen Niederschlägen im Herbst und Winter mit bis zu 50 Prozent über Normalwerten, sehen die Felder in den Tieflagen wie eine weitverzweigte Seenlandschaft aus.

An den Herbstsaaten sind schon große Nässeschäden erkennbar und an einen Frühjahrsanbau ist dort noch lange nicht zu denken. Auch die Hügellandschaften im Süden des Burgenlandes leiden unter den massiven Niederschlägen, die sogar Hangrutschungen verursacht haben. Einige Weinrieden sind dadurch schon zerstört, Wohnsiedlungen von den Rutschungen bedroht. Die Bewohner wurden zum Verlassen ihrer Häuser aufgefordert. Es ist ein schlimmes Frühjahr für Viele und ein extremes für die Landwirtschaft. Sämtliche Fruchtfolgepläne sind hinfällig. Vorbestellte Betriebsmittel (Saatgut,

Pflanzenschutzmittel u.a.), die den verzögerten bzw. völlig geänderten Anbaubedingungen nicht mehr entsprechen, belasten die Betriebskosten zusätzlich zu den bereits jetzt feststehenden Ertragsausfällen.

Alles Dinge und Ereignisse, die gleichsam zum bäuerlichen Alltag dazugehören und die dennoch bei der „ökonomischen Beurteilung“ der Landwirtschaft, der Bauerneinkommen, kaum eine Rolle spielen und ebensowenig Beachtung finden. In Zeiten wo offenbar alles „machbar“ ist, geht das Verständnis für jene verloren, die in all ihrem Tun und Planen letztlich ausschließlich vom Wetter abhängig sind.

## STRUKTURREFORM DER ANDEREN ART

Zirka ein Achtel der burgenländischen Landesfläche – rund 44.000 Hektar – ist im Besitz der „Domäne Esterházy“. Diese hat seit kurzer Zeit einige landwirtschaftliche Betriebe im Ausmaß von rund 2.300 Hektar in die Selbstbewirtschaftung nach biologischen Grundsätzen übernommen. Weitere Guts-höfe werden, je nach Vertragsbindung, folgen. Es sind dies Betriebe, verteilt über das Burgenland, vom Seewinkel über das Westufer des Neusiedler Sees bis hinunter ins Mittelburgenland. BIOLOGISCH, nun auch eine Betriebssparte heimischer Großgrundbesitzer.

ALLES FRITZ MEIXNER

## SALZBURG:

### ES KAM ANDERS ALS GEPLANT

Eigentlich wollte ich nach der im März stattgefundenen Kammervollversammlung eine längere Sommerpause einlegen, um endlich meine 2008 begonnenen Bautätigkeiten (Laufstall und Maschinen-halle) abzuschließen.

In der erwähnten Vollversammlung **brachte der UBV den „dringlichen“ Antrag ein, dass Almbauern ihre im Frühjahr angegebene Almfutterfläche bis in den Herbst sanktionslos abändern können.** Denn diese waren ja nach den Vorgaben des österreichischen Landwirtschaftsministeriums von den Landwirtschaftskammern und den Agrarbehörden erhoben worden. – Nun, dieses Thema treibt mich bis heute um.

Wir vom Unabhängigen Bauernverband im Land Salzburg, verfolgten das Thema „Almfutterflächen“ schon immer mit gemischten Gefühlen. Aber wir glaubten annehmen und erwarten zu können, dass sich die große „Bauernvertretung“ Bauernbund mit ihrem verlängerten Arm, vom Ortsbauern-obmann bis hin zum Landwirtschaftsminister, schon entsprechend für die Almbauern einsetzen und eventuelle Probleme auch regeln werde. Aber auch diese Annahme und Erwartung war falsch.

### Leben wir noch in einem Rechtsstaat?

Ich konnte mir nicht vorstellen, dass in einem Rechtsstaat ein Vierfachvergewaltiger nach viermonatiger Fußfessel wieder freigeht. Ebenso wenig, dass eine Bande von Jugendlichen einen 17-Jährigen fast zu Tode prügelt, dieser nur durch Zufall – aber mit bleibenden Schäden – überlebt, völlig frei gehen. Auch nicht, dass es für eine Landesregierung, unter deren Augen Millionen an Steuergeldern verzockt werden, bisher keinerlei Konsequenzen gibt.

Mit vielen Versprechungen und „Ausgleichszahlungen, die nach dem EU-Beitritt problemlos fließen werden“, hat man damals die Bauernschaft geködert. Für Preisverluste bekamen die Bauern Prämien, die aber nur teilweise die finanziellen Einbußen abdeckten, welche die Bauernschaft durch den EU-Beitritt hinnehmen mussten. Als Draufgabe bekam sie jede Menge Auflagen und wurde mit Bürokratismus überhäuft.

### Unschuldig und dennoch sanktioniert?

Almbäuerinnen und Almbauern sind den ganzen Sommer mit ihren Tieren auf ihren Almen. Unter zeitweise widrigsten Bedingungen pflegen sie diese und erbringen damit nicht bezahlbare Leistungen für den Fremdenverkehr, für die Gesellschaft und den österreichischen Staat. Sie sollen nun, völlig unschuldig, sanktioniert und zur Kasse „gebeten“ werden. Sie sollen büßen für etwas, wofür der Landwirtschaftsminister verantwortlich ist.

## Österreichische Ignoranz die Ursache!

Schon vor Jahren machte die EU-Kommission Österreich darauf aufmerksam, dass dessen Methode zur „Futterflächenfeststellung auf Almen“ nicht EU-konform sei und geändert werden müsse. Österreich reagierte auf diese Aufforderung nicht, wendete nach wie vor SEIN Erfassungssystem auf Almen an. 2005 ließ sich Wien auf einen Rechtsstreit mit der Kommission ein. Den Almbauern verschwieg man die Futterflächenproblematik und den eingegangenen Rechtsstreit.

## Unheil für die Almbauern seit 2004

Das Unheil für die Almbauern begann schon 2004, als die EU (offensichtlich unter Zustimmung der Landwirtschaftsminister) alle erhaltenen Prämien auf den Stand von 2003 einfrore und diese – 2004 für 2005 – als sogenannte „Betriebsprämie“ auf die gesamte Futterfläche des Betriebes aufteilte.

**Die Almbauern bekamen also nicht, wie viele glaubten, mehr Prämie, sondern man teilte ihre erhaltene Betriebsprämie nur auf jene Futterflächen auf, welche anzugeben ihnen von der Agrarbehörde und ihrer Landwirtschaftskammer geraten worden war. Kammern und Agrarbehörde wiederum, erhoben die Futterflächen selbstverständlich nach den Vorgaben des Landwirtschaftsministeriums.**

2009 verlor die Republik Österreich den von ihr ausgelösten Rechtsstreit vor dem Europäischen Gerichtshof und wurde von der EU-Kommission zu einer gewaltigen Strafzahlung verdonnert.

## Die Bauern, nicht das Ministerium ...

... sollen nun die Strafe zahlen? Gemäß Aussage des steiermärkischen LK-Vizepräsidenten soll diese Strafe, nicht wie von mir angenommen 70 Mio. Euro betragen, sondern haarsträubende 150 Millionen.

Wie immer wieder feststellbar, stehen Politiker nicht zu ihren Fehlern, auch nicht unser Landwirtschaftsminister. So will er doch tatsächlich alle Schuld auf die Almbauern abwälzen. Ich finde es eine Unverschämtheit nicht nur von den Almbauern Prämien rückzufordern, sondern die Almbäuerinnen/-bauern auch noch zu sanktionieren. Wohl deshalb, um selber vor der Kommission gut dazustehen.

Der Herr Minister als Absolvent der Hochschule für Bodenkultur hat doch auch Vorlesungen über Recht gehabt. ER müsste besser wissen als weniger Gebildete, wer nach einem verlorenen Rechtsstreit die Strafe zu zahlen hat. Die Almbauern sind weder informiert, geschweige denn dazu gefragt worden. Das Prozessrisiko ist der Minister eingegangen. Wenn dieses auch das Parlament guthieß, dann die Republik Österreich. SIE haben zu zahlen!

Als Risikogeschäfte im Bereich der salzburger Landesregierung, gleichsam unter deren Augen, Millionenverluste zur Folge hatten, war die ÖVP sehr schnell mit Schuldzuweisungen und Rücktrittsforderungen bei der Hand. Und wie ist das, wenn unter der Verantwortung des Herrn Landwirtschaftsministers eine Richtlinie der EU-Kommission missachtet, ein Rechtsstreit provoziert wird und eine Rückforderung in Millionenhöhe die Folge ist? Wie verhält sich da die ÖVP-Bauernbundführung gegenüber seinem prominenten Mitglied? Alles in Butter? Die Almbauern sind schuld und haben alles zu bezahlen? Das kann es ja wohl nicht sein. Dagegen wird der UBV mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln und Möglichkeiten ANKÄMPFEN. Denn das ist nicht hinzunehmen, dass Bauern, die auf Punkt und Beistrich alles befolgt haben was ihnen von Behörde und Kammer vorgegeben wurde, bestraft und zu Millionenzahlungen verdonnert werden.

Was macht hier eigentlich die gesetzliche Interessenvertretung, unsere Kammer, zur Wahrung der Interessen ihrer Mitglieder und zu deren Schutz? Sind deren Rechtsabteilungen schon aktiv? Und was macht der große, in der Landwirtschaft und Agrarpolitik bestimmende Bauernbund? „Schutz und Schirm“ der Bäuerinnen und Bauern? – Wieso passieren im Bereich der Landwirtschaft gegenüber dem Bauernstand noch immer Dinge, wie sonst nirgends? Weil sich die Mehrheit der Bäuerinnen und Bauern das gefallen lässt! – Der UBV aber nicht!

## UBV und Almbauern in Wien

Und so fuhren dann Spitzenvertreter des UBV, wie die Landesobmänner der Steiermark und Salzburg, gemeinsam mit Almbauern aus Salzburg, Kärnten, Steiermark, NÖ und OÖ nach Wien. Thema war eine Aussprache mit den Agrarsprechern der im Parlament vertretenen Parteien, mit den Nationalratsabgeordneten Harald JANNACH (FPÖ), Gerhard HUBER (BZÖ), Wolfgang PIRKLHUBER (Grüne) und Jakob AUER (ÖVP).

Alle vier bestätigten uns, dass da den Almbauern übel mitgespielt wird und sagten uns ihre Unterstützung im Kampf um eine gerechte Behandlung dieses schwierigen Themas zu. Der zuerst sehr reservierte Bauernbundpräsident gratulierte dann aber unserem mitgereisten Kärntner Almbauern und Mitbegründer der Homepage [www.almfutterfläche.at](http://www.almfutterfläche.at) Heimo Urbas zu dessen Spezialwissen, das weit über jenes des politisch sehr erfahrenen Präsidenten AUER sowie dessen Sekretär liegt.

ER, der Herr Bauernbundpräsident forderte uns auf, Druck zu machen und mit unserem Wissen zum Kanzler, zum Vizekanzler und auch zum Landwirtschaftsminister zu gehen und dort unsere Forderungen betreffend die Almbauern zu deponieren. Nachdenklich stimmt mich immer noch sein Nachsatz: „Er, NR AUER wisse, dass die meisten Almbauern keine Schuld trifft. Er hat dies öfters beim Landwirtschaftsminister vorgebracht, ist aber dort nur auf taube Ohren gestoßen“.

Da geht der Präsident des österreichischen Bauernbundes zu seinem Mitglied BERLAKOVICH und stößt auf taube Ohren? Wer soll denn das glauben? Ja wer hat denn den burgenländischen Agrarlandesrat als Minister vorgeschlagen?

## UBV und Almbauern in Linz

Weil der UBV trotz mehrfacher Ansuchen keinen Gesprächstermin beim Herrn Landwirtschaftsminister bekommt, entschloss man sich, ihn bei seinem Vortrag in der öö Landwirtschaftskammer in Linz (Thema: „Dialog Korruption und Transparenz mit Niki Berlakovich“), mit den existenzbedrohenden Problemen der Almbauern zu konfrontieren. Mit von der Partie waren die UBV-Spitzenvertreter der Steiermark und Salzburg sowie Almbauern, die schon in Wien mit dabei waren.

Zwar war es möglich im Rahmen dieser Veranstaltung **Minister BERLAKOVICH** auf die Almbauernproblematik anzusprechen, doch zeigte er keinerlei Verständnis und Einsehen gegenüber den Almbauern. Sagte er doch tatsächlich: „**Die AMA und die Kammern seien nur eine HILFE für die Bauern, verantwortlich für die Angaben in den Anträgen sind aber immer nur die Bauern/Bäuerinnen selbst**“. Dem Minister zufolge sind also an den Problemen einzig und allein die bäuerlichen Betriebsführer selber schuld. – Richtigerweise müsste es heißen: „Die Kammern sind eine Hilfe für den Minister und die AMA und haben ihre primäre Aufgabe als Interessenvertretung der Bauern an den Nagel gehängt“.

## Almbauern wehren sich und Medien unterstützen sie

Noch, das war anfangs April, bemühen sich die Bauern über Gespräche und Vorsprachen Gehör zu finden. Erwarten, ihren Standpunkt darlegen und mit den Verantwortlichen diskutieren zu können. Aber die Geduld der Bauern ist enden wollend. Namhafte Journalisten finden es mehr als kritikwürdig, wie man mit den Almbauern umspringt. Einen Dank seitens des UBV an all jene, die objektiv und fair – immer wieder – über deren unverschuldet hereingebrochene Probleme berichten!

Der Salzburger LK-Präsident findet es ja gar nicht gut, dass die Almbauern ihre Situation öffentlich machen. Er meint anscheinend, dass dadurch ihr guter Ruf gefährdet sei. In Wahrheit ist es den Verantwortlichen seit jeher überaus unangenehm, wenn Kritikwürdiges an die Öffentlichkeit kommt.

Ich meine, der Herr Präsident müsste eigentlich besorgt sein um den Ruf der Interessenvertretung, die er nach außen vertritt, die ihre Pflichtmitglieder gröblich im Stich lässt. ER müsste sich mit dem Gewicht seiner Funktion gegen Unrecht, gegen ungerechtfertigte Schuldzuweisungen vor seine Pflichtmitglieder stellen, Standfestigkeit und Rückgrat zeigen. Da es ihm an beidem offensichtlich fehlt, bleibt mir nur der Appell: „Auf Bauern/Bäuerinnen wehrt euch!“

# NIEDERÖSTERREICH:

## ES RUMORT IM BAUERNBUND

In einer Aussendung verweist der FPÖ-Agrarsprecher NR Harald JANNACH auf ein „intern-geheimes“ Schreiben der Bauernbundobmänner, LK-Präsidenten aus Vorarlberg, Tirol, Salzburg und Kärnten an Minister BERLAKOVICH sowie die Bauernbundspitze.

Im Inhalt geht es um die vorgesehene Feststellung der Almflächen am Bildschirm, die wesentlich größere Probleme bringt als angenommen. „Die durchgesickerten Feststellungsergebnisse bringen nicht nachvollziehbare Flächenauswertungen und damit verbunden Rückforderungen und Sanktionen bei den Betriebsprämien. Besonders schwerwiegend auch bei den Geldern der 2. Säule. Weiters wird in diesem Brief darauf verwiesen, dass sowohl die Almbömmänner als auch die Kammerangestellten immer nach den Vorgaben der Kontrollmaßnahmen, nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt haben.“ (Anm.: Die Meldung des Almbömmannes gilt für JEDES Mitglied).

Wie dramatisch die neue Flächenfeststellung durch AMA und Landwirtschaftsministerium sein dürfte, zeigt sich in der Forderung nach einem sofortigen Stopp der vorgesehenen Bildschirmüberprüfungen, einem Stopp der Kontrollen für die Jahre VOR 2013. – Es sieht ganz danach aus, dass das „sich wehren der Almbauern“ erste Früchte trägt. Es gilt nun im Bemühen um eine seriöse, objektive Flächenfeststellung OHNE Rückzahlungen und Sanktionen nicht nachzulassen.

## UND WIE RECHT ER HAT!

Seit Jahr und Tag wiederholt der Obmann der IG-Fleisch, Leo STEINBICHLER, die Forderung: „Wo Österreich drauf steht muss auch nur Österreich drinnen sein!“ Andernfalls muss durch eine entsprechende – auch ohne Lupe lesbare – Produktdeklaration für den Konsumenten ersichtlich sein, woher das Lebensmittelerzeugnis kommt und was es beinhaltet.

Diese Forderung erfährt immer wieder ihre besondere Berechtigung. So auch jüngst wieder in einer Aussendung der Arbeiterkammer mit der Überschrift „das Gfrett mit dem Etikett“, wo es um den sogenannten „Pferdefleisch-Skandal“ geht. Angesprochen davon fühlte sich Niederösterreichs LK-Präsident Ing. SCHULTES und so schrieb er dazu in der Ausgabe der Kammerzeitung im April einen diesbezüglichen Leitartikel.

Dieser Lebensmittelskandal ist bisher der letzte einer ganzen Reihe und er wird mit Sicherheit nicht der allerletzte sein, weil sich daran prächtig verdienen lässt. Es gilt Gütesiegel penibel zu kontrollieren, so wie dies schon seit langem bei den Bauern geschieht und eine konsumentenfreundliche, praxistaugliche Deklarationspflicht auf alle Lebensmittelprodukte in die Tat umzusetzen. Schlitzohrige Unternehmen könnten wahrscheinlich durch angemessene, der Größe des Betriebes angepasste Geldstrafen zur Korrektheit erzogen werden.

## IG-Fleisch fordert Taten!

Die Falschdeklaration von Pferdefleisch veranlasste den Obmann der IG-Fleisch, Leo STEINBICHLER, auf folgendes hinzuweisen: **Seit Jahren fordert die IG-Fleisch und der UBV, dass in den Schlachthöfen das Herkunftsland nicht geändert wird.** Doch seit Jahren hält sich der Missstand, dass auf polnische, tschechische, kroatische, holländische, dänische Tiere im österreichischen Schlachthof das „AT“ (Austria) aufgestempelt wird.

Was helfen das strengste Tierschutzgesetz, strenge Fütterungsvorschriften, hohe Umweltauflagen, Gentechnikfreiheit in Österreich, wenn dann im Schlachthof Importware völlig anderer (minderer) Qualität durch den „AT-Stempel“ zu österreichischer wird. Die IG-Fleisch verlangt deshalb von der Agrarpolitik und den Gesundheitsbehörden, dass die Beschautierärzte bei Importware das entsprechende Herkunftsland (HR für Ungarn, CZ für Tschechien, DK für Dänemark u.s.f.) aufstempeln, um die Herkunft bis zum Teller nachvollziehbar zu machen.

Erst wenn diese Hausaufgabe gemacht wurde, kann man von einer glaubwürdigen Fleischkennzeichnung im Interesse der Konsumenten sprechen.

## ZUM DATENABGLEICH AMA/SVB

„Weil in der Praxis immer wieder Abweichungen in den Meldungen an die AMA und die SV-Bauern (SVB) feststellbar sind“, gibt es ab dem heurigen Sommer erstmals einen Datenabgleich zwischen AMA und SVB. Die neue Obfrau Theresia MEIER, Nachfolgerin des Langzeitobmannes NR Karl DONABAUER, wie auch dieser Vizepräsidentin der NÖ-Landwirtschaftskammer schrieb dazu: „Wir wollen einfach sicherstellen, auch im Hinblick auf die bevorstehende Einheitswert-Hauptfeststellung, dass der Landwirt an AMA und SVB weitgehend übereinstimmende Meldungen gesandt hat“. (SVB-Info 1/2 2013)

„**RECHTSGRUNDLAGE** für die Datenübermittlung der AMA an die SVB ist das 2. Stabilitätsgesetz 2012. Im Vorjahr nur bei prüfungswürdigen Fällen angewendet, erfolgt ab 2013 eine generelle elektronische Datenübermittlung von der AMA zur SVB. – Um die Überprüfung lückenlos zu gestalten, ist im Zuge der aktuellen EW-Hauptfeststellung bereits seit 2012, gemäß den Bestimmungen des Bewertungs-Gesetzes, eine Datenübermittlung von der AMA und der SVB an die Finanzbehörden vorgesehen. Beide, AMA wie SVB haben Daten zur Identifizierung des Bewirtschafters und jene über die Nutzung von land- und forstwirtschaftlichen Flächen in elektronischer Form diesen mitzuteilen.“

### Drei Überprüfungen und Flächenunterschiede

- **Erstens** geht es darum, ob die Angaben betreffend die Betriebsführung übereinstimmen. Das heißt: **„Wenn jemand Fördergelder bezieht ist grundsätzlich davon auszugehen, dass auf dessen Rechnung und Gefahr ein land-/forstwirtschaftlicher Betrieb geführt wird.“**
- **Zweitens** wird das Ausmaß der jeweils als bewirtschaftet angegebenen landwirtschaftlichen Flächen verglichen. **Gemäß den Bestimmungen des Bauern-Sozialversicherungs-Gesetzes (BSVG) sind jene Flächen für die Beurteilung der Pflichtversicherung heranzuziehen, die im Einheitswert-Bescheid bewertet sind.**

Im Regelfall sollten folglich jene Flächen, die von der AMA gefördert werden, geringer sein als jene nach dem EW-Bescheid. Windschutzgürtel, Böschungen, Wege und dergleichen sind nämlich von der SVB NICHT abzuziehen, da diese unproduktiven Grundstücksteile schon im Hektarsatz berücksichtigt sind.

- **Drittens** werden auf jeden Fall jene Betriebe von der SVB überprüft, wo die der AMA gemeldete Fläche **größer** ist als jene, die ihr gemeldet wurde. Weiters all jene Betriebe, welche die Flächenbewirtschaftung aufgegeben haben sowie auch Einzelgrundstücke, die laut Meldung an die SVB brach liegen. Gibt es nämlich eine Förderung für diese, so ist sie der SVB zu melden.

**Nach den Bestimmungen des „Landarbeitsgesetzes“ (LAG) gelten in diesem Fall Brachflächen genauso wie bewirtschaftete.** Wird diese Förderung als „nicht gemeldet“ festgestellt, kommt es zu einer rückwirkenden Nachverrechnung von SV-Beiträgen bis zu fünf Jahren.

### Meldepflicht bleibt unverändert!

„Im Hinblick auf den bevorstehenden Datenabgleich empfiehlt sich – so die SVB – eine Überprüfung der, bei den diversen Behörden abgegebenen Meldungen betreffend die Betriebsführung sowie die Bewirtschaftungsverhältnisse. Es ist darauf Bedacht zu nehmen, dass Änderungen **SÄMTLICHEN** betroffenen Behörden zeitgerecht mitgeteilt werden.“

Unabhängig vom Datenabgleich AMA/SVB ist vom Betriebsführer eines land-/forstwirtschaftlichen Betriebes, auch künftig jede für die SVB bedeutsame Änderung innerhalb eines Monats der SVB bekanntzugeben.“

### Datenabgleich ist keine Systemänderung

Die SVB weist darauf hin, dass es durch den Datenabgleich zu keiner Systemänderung kommt. Es wird nur eine neue Schiene der Datenübermittlung eingerichtet. Die jeweiligen Rechtsgrundlagen bleiben unverändert. Deshalb können die Daten der AMA nicht in den Datenbestand der SVB übernommen werden.

Bevor es zu Änderungen im Bereich der Pflichtversicherung und des Beitragswesens kommt, sind deshalb die jeweiligen Sachverhalte und Rechtsverhältnisse zu klären! (Alles entnommen der Broschüre „SVB-Aktuell 2/2013“)

# STEIERMARK:

## ALMBAUERN WEHREN SICH

Die von der AMA an Almbauern, korrekt handelnde wohlgerne, geschickten Schreiben bedrohen deren Existenz. Es geht darin um Jahre zurückreichende Fördergeld-Rückzahlungen sowie um Sanktionen. Weil der Herr Bundesminister für die Almbauern nicht zu sprechen ist, trotz wiederholter Gesprächsansuchen, haben ihm diese einen Brief geschrieben und sich in einer Presseaussendung an die Öffentlichkeit gewandt. Schließlich haben nicht nur die Almbauern ein Problem, sondern letztlich alle, wenn dieses nicht sachgerecht und nachhaltig gelöst wird.

Bei jenen, die sich so zur Wehr setzen, handelt es sich um Almbauern, die in den verschiedensten Bauernorganisationen „beheimatet“ sind und alle miteinander sich als ALM-Bauern gegen Unrecht und Existenzbedrohung zur Wehr setzen.

## Almbauern schreiben Berlakovich

Im Nachfolgenden bringen wir (die UBZ-Redaktion) das Wesentliche aus jenem Brief, den mit Recht aufgetragenen Almbauern aus fast allen Bundesländern, am 4. März dem Herrn Landwirtschaftsminister geschrieben haben.

Sehr geehrter Herr Bundesminister!

Uns Almbauern wurde bekannt, dass die Richtlinien für die Almförderung und die Almfutterflächenerstellung in den letzten Jahren, **während der Wirtschaftsperiode 2007 bis 2013** mehrmals geändert und verschärft worden sind. Bekannt ist auch, dass Österreich bei der Feststellung der Almfutterflächenermittlung nicht EU-konform gehandelt hat. Die Almbauern wurden durch dieses fehlerhafte System in die Irre geführt.

Unverständlich ist uns, dass dabei Förderungen von der AMA einbehalten werden und mit Strafsanktionen und Rückforderungen gedroht wurde. Dies alles wurde unverständlicherweise im Einvernehmen mit der Bauernbundführung, den LK-Präsidenten und dem Ministerium beschlossen. **Eine Abänderung der Richtlinien innerhalb der Periode halten wir für ungerechtfertigt (Vertrauensgrundsatz) und sind uns deshalb keiner Schuld bewusst.**

Wir fordern die umgehende Auszahlung der einbehaltenen Förderungen, ohne Rückzahlungsforderungen und Sanktionen bis zum Ende der Wirtschaftsperiode. Für die nächste müssen neue Richtlinien im Einvernehmen mit den Almbauern und der AMA erarbeitet werden, unter Mitwirkung eines Praktikerbeirates. Sollte unseren Forderungen nicht Rechnung getragen werden, so werden Almbauern sowie Auftreiber eine Demonstration in Wien einleiten.

Unterschrieben ist dieser Brief von Almbauern aus den Bundesländern Voralberg, Tirol, Salzburg, Kärnten, Steiermark und Oberösterreich.

## Almbauern wenden sich an die Öffentlichkeit

„In Österreich bewirtschaften derzeit 8.756 Almbauern mit viel Liebe und persönlichem Einsatz – schon seit Generationen – die Almen. Durch deren Fleiß ist eine einzigartige Kulturlandschaft im hochalpinen Raum erhalten geblieben. Die Almgebiete sind wertvoller Erholungsraum, Grundlage für einen funktionierenden Tourismus und ein wichtiger Bestandteil unseres empfindlichen Ökosystems.

Um kostendeckend Almwirtschaft zu betreiben, sind wir Almbauern leider von Ausgleichszahlungen (AZU) abhängig. Grundlage für dieses System ist eine vom Minister vorgeschriebene und von Brüssel nicht genehmigte Futterflächenermittlung. Da der Fehler für die nicht EU-konforme Umsetzung der Flächenermittlung eindeutig beim Ministerium und bei der AMA liegt, können niemals die Almbauern zur Verantwortung gezogen werden... Zusätzlich wurden die Richtlinien und Vorschriften innerhalb unserer jetzigen EU-Wirtschaftsperiode ungerechtfertigt geändert.

Jetzt ist es so weit, dass sogar diese Abgeltungen durch die Anzweiflung der (gemeldeten) Futterflächen (z.B. Waldweide), über Jahre rückwirkend und mit allen Konsequenzen von uns Bauern rückgefordert werden. Für die betroffenen Almbauern ist dies derzeit ein existenzbedrohender, sklavenähnlicher Zustand.“

Daher fordern die unterzeichneten Almbauern, wie schon im vorerwähnten Brief, die „sofortige Auszahlung uns zustehender Ausgleichszahlungen, das Ende der Rückforderungen und Sanktionen und neue Richtlinien“. Weitere Maßnahmen werden erwogen!

JOHANN ILSINGER – PRESSESPRECHER DER ALMBAUERN

## Wie alles entstand

Nachdem die wirtschaftliche Lage der „AMA-Geschädigten“ immer schlimmer und für viele aussichtsloser zu werden begann, traf sich eine Gruppe engagierter Almbauern aus allen Bundesländern in Flachau. Einer der Wichtigsten in dieser Runde ist der Gründer der „Plattform Almfutterflächen“ Heimo URBAS aus Kärnten. Er verfügt über ein exzellentes Wissen diesbezüglich – bis ins letzte Detail – und hat sich intensiv mit den gesetzlichen Grundlagen auseinandergesetzt, was für die „Plattform“ von unschätzbarem Wert ist.

Ziel der Zusammenkunft war, Aktivitäten und Maßnahmen zu erörtern und festzulegen, die das Ziel verfolgen, die Bevölkerung und die politischen Parteien auf die vorhandenen Missstände aufmerksam zu machen und so die Landwirtschaftskammern sowie das Ministerium zum Handeln zu zwingen. Ergebnis dieser Beratungen waren der Brief an den Minister, Informationen für die Öffentlichkeit, Vor- und Aussprachen mit allen Agrarsprechern der Parlamentsparteien, Informationsversammlungen und Protestreaktionen jeglicher Art. Als Zeichen der Entschlossenheit der Almbauern, über vorhandene Unterschiede hinweg, GEMEINSAM für deren Rechte und gegen Unrecht, Willkür und Existenzbedrohung zu kämpfen.

## Über den Wert der Almbauern

„In Österreich gibt es 8.600 Almen mit einer bewirtschafteten Almfutterfläche von rund 413.000 Hektar. 7.200 Hirtinnen, Hirten sowie die Almbäuerinnen und -bauern, betreuen derzeit jährlich auf den Almen im Sommer 276.000 Rinder, 54.000 Milchkühe, 9.300 Pferde, 122.000 Schafe und 9.500 Ziegen.

Die Almwirtschaft ist ein wesentlicher Bestandteil der österreichischen Berglandwirtschaft. **Die Almbauern und deren Mitarbeiter leisten einen wertvollen Beitrag zur Offenhaltung der alpinen Kulturlandschaft.** Erschwerte Bewirtschaftungsbedingungen und immer weniger Arbeitskräfte in der Landwirtschaft sind die zentralen Punkte für den gegenwärtig leichten Rückgang in der Almwirtschaft.

Die im Rahmen der Ländlichen Entwicklung möglichen ÖPUL-Maßnahmen ‚Alpung und Behirtung‘ sowie die ‚Bewirtschaftung von Bergmäher‘ haben als Leistungsabgeltung der öffentlichen Hand eine große Bedeutung für die Almwirtschaft in Österreich. Auch die Flächenanrechnung für die Einheitliche Betriebsprämie (EBP) und die Ausgleichszulage sind zentrale Punkte.“ **Das heißt, sie sind unumgänglich notwendig für den Fortbestand, den Erhalt der bewirtschafteten Almflächen und somit der Almbauern.** (Wörtlich entnommen der Brochüre „Agrarpolitik 2011/2012“ – Fakten und Daten zur Land- und Forstwirtschaft 2011 – Herausgeber LK-Österreich)

## Und das steht im Grünen Bericht 2012

„Im Projekt Evaluierung des Programms zur Ländlichen Entwicklung (LE) wurden die Auswirkungen des Programms LE 2007–2013 auf die österreichischen Almen gesamtheitlich ausgewertet und dessen Einfluss analysiert. Ziel dieses Projektes war es zu zeigen, welchen konkreten Beitrag einzelne bzw. die Gesamtheit der LE-Maßnahmen in ökologischer, ökonomischer und soziokultureller Hinsicht zur Almwirtschaft in Österreich leisten.

Die wichtigsten Ergebnisse waren: 89 Prozent der Auftreiber/Innen mit Anspruch auf die Einheitliche Betriebsprämie, lösen einen Teil davon über ihre Almflächen aus. Die ÖPUL-Maßnahme ‚Alpung und Behirtung‘ nehmen 96 Prozent der Almen in Anspruch. Durchschnittlich wird ein Drittel der Ausgleichszahlungen über Almflächen ausgelöst.

**Die öffentlichen Gelder sind für eine nachhaltige Aufrechterhaltung der Almwirtschaft in Österreich unumgänglich. Wirtschaftlichkeitsberechnungen bei 16 Testalmen (sicher nicht die schwierigsten) ergaben, dass nur vier Prozent eine positive Differenz zwischen Leistung und Kosten erzielen.** Durch Alpungs- und Behirtungsprämien werden nur durchschnittlich 44 % der jährlichen Kosten abgedeckt.“ (Aus Grüner Bericht 2012 – Seite 174)

## Agrar- & Umweltclub und UBV fordern

Mit dem im Murtal gegründeten parteiunabhängigen „Agrar- und Umweltclub“ hielt der UBV-Steiermark eine gemeinsame Arbeitssitzung ab. Nach einem gegenseitigen Meinungsaustausch erfolgte eine intensive Aussprache über die Bauernbundvorschläge zu GAPneu und deren Auswirkungen auf die Bauernschaft. Auf Grund gründlicher Überlegungen wurden die GEMEINSAMEN Forderungen klar definiert. Die wichtigsten davon lauten:

- ▶ Fortbestand der Tierprämien im Rahmen der nationalen rechtlichen Möglichkeiten in Form der „12 Prozent-Regelung“ aus dem Gesamtbetrag der Säule 1.
- ▶ Eine 100-prozentige Anrechnung der einmähdigen und extensiven Wiesen und der Almflächen in die Flächenprämien.
- ▶ Die Rückzahlung der von der AMA einbehaltenen Förderungsgelder inklusive der bisher angefallenen Zinsen.

Außerdem wurde überlegt, im obersteirischen Raum VOR der Nationalratswahl im Herbst, einen „Tag der Landwirtschaft“ zu veranstalten. Ziel dieser Großveranstaltung wäre auch der Bevölkerung, den Konsumenten, unsere Anliegen darzulegen, sie zu informieren. Darüber hinaus würde diese, den bei der Wahl kandidierenden Parteien die Möglichkeit geben, ihre Vorstellungen einer künftigen Agrarpolitik offenzulegen, zu präsentieren.

## Almbauern im Parlament

Damit niemand der Verantwortlichen sagen kann er habe von der bedrohlichen Situation der Almbauern ja nichts gewusst, führen diese neuerlich nach Wien. Im Parlament informierten Vertreter der Almbauern ausführlich die Agrarsprecher aller im Parlament vertretenen Parteien über ihre Probleme. Dabei stellten sie schon bald fest, dass die meisten dieser politisch Verantwortlichen viel zu wenig Bescheid wissen über die wahren Zusammenhänge und die einschlägigen Rechtsgrundlagen. – Mit Ausnahme des ÖVP-Agrarsprechers, der dies ablehnte, war es erstmals möglich alle diese Gespräche auf Kindler.tv aufzuzeichnen.

An Hand von Beispielen in der Wirklichkeit und dem Hinweis auf die rechtlichen Grundlagen versuchten die Almbauern-Vertreter ihre Gesprächspartner davon zu überzeugen, dass die Bauern bei der Almflächenermittlung durchaus korrekt gehandelt und dementsprechende Flächenangaben gemacht haben. Es dauerte nicht lange, dass zu bemerken war, dass die ÖVP wegen unseres gemeinsamen Auftretens sichtlich nervös wurde.

Offensichtlich als Reaktion auf diese gemeinsame Vorsprache von Almbauern, fand bereits am nächsten Tag ein Treffen aller LK-Präsidenten und weiters eine bundesweite Landesagrarräte-Konferenz statt. Ergebnis dieser Treffen war eine Presseaussendung vom Minister, in der das Ergebnis dieser Gespräche als ein Erfolg, als ein Durchbruch im Hinblick auf die Lösung der Almbauernprobleme „verkauft“ wird. Nach genauerer Betrachtung der Aussendung war aber klar, dass diese nur eine Beruhigungspille für die Bauern sein soll.

## Ist dieser Minister noch tragbar?

Nachdem Minister BERLAKOVICH auch weiterhin keinen Termin für ein Gespräch mit den Almbauern möglich macht, sich ganz offensichtlich weigert mit ihnen zu sprechen, versuchte es unsere Gruppe ihn beim „Strategie Dialog“ in Linz mit den Almbauernproblemen zu konfrontieren. In Wortmeldungen gelang dies zwar, doch zeigte sich der Herr Minister „unbelehrbar“. Unverändert beschuldigte er wiederum die Bauern durch falsche Flächenangaben zu viel Prämien kassiert zu haben und hält an der Berechtigung der Rückzahlungsforderungen und Sanktionen fest. (Siehe dazu auch den Artikel „UBV und Almbauern in Linz“ auf Seite 7)

**Weil wir nach genauer rechtlicher Prüfung der Sachlage und durch die Aussagen höchster Beamter im Ministerium und in Brüssel davon überzeugt sind korrekt gehandelt zu haben, fordern wir die Ablöse des Landwirtschaftsministers. Wir haben alles versucht ihm im Rahmen einer Vorsprache, einer gründlichen Aussprache zu beweisen, dass nicht die Almbauern Fehler gemacht haben und die von der AMA eingeleiteten Maßnahmen ungerechtfertigt und inakzeptabel sind. Mit seiner Haltung provoziert BERLAKOVICH nicht nur die Bäuerinnen und Bauern im Berggebiet, sondern auch gleichsam den Rechtsstaat und das Vertrauen in behördliche Auskünfte und Anweisungen.**

## ZUKUNFTSTAGUNG 2013 IN AIGEN

Der Untertitel, dieser sehr gut besuchten Veranstaltung lautete: „**UBV für neue Wege in die Zukunft – industrialisierte oder bäuerliche Agrarpolitik**“. Eingeladen und gekommen waren die Vertreter der Parlamentsparteien sowie die IG-Milch. Nach den „Offenbarungen“ der Vertreter der Parlamentsparteien und der Aussagen seitens der IG-Milch, sorgte der UBV im vollbesetzten Saal des Kirchenwirtes in Aigen/Ennstal für eine spannende, bis Mitternacht dauernde Diskussion unter den gut 200 Anwesenden aus Nah und Fern.

Die Themen kreisten um das, was den Bäuerinnen und Bauern ernste Sorgen bereitet: Aufhebung der Milchquote, neue Einheitswerte, Nutzflächenermittlung digitalisiert, Ausgleichsbeiträge in GAPneu und grüne Gentechnik.

**Kammervizepräsident TITSCHENBACHER** musste sich nach vielen drängenden Fragen und dringlichen Zurufen letztlich zum Erhalt der Milchquoten und zur Ablehnung von Gentech-Futtermitteln bekennen. Doch in der Neufestsetzung der EW (Einheitswerte) sehe er kein Problem. Außerdem könne man auch mit einigen Prozent weniger an EU-Agrarfördermitteln gut auskommen. MAN? Als gut bezahlter Funktionär? Eine „Deckelung der Förderungen sei für die ÖVP kein Thema!“

Die Vertreter der Oppositionsparteien bezeichneten einhellig das Ergebnis der Agrarverhandlungen in Brüssel als schwach und sprachen sich für eine von BR ZEHENTNER (SPÖ) vorgeschlagene Einschleifregelung aus. Die Betriebe im Bezirk Liezen zum Beispiel, bekommen im Schnitt jährlich 7.800,- Euro an Ausgleichszahlungen.

**NR JANNACH** (FPÖ) prangerte die ungerechten Bauernpreise an, fordert eine gesonderte Förderung der Arbeitsplätze in den Berggebieten, wies auf die stagnierenden Bauerneinkommen innerhalb der letzten 15 Jahre hin (1995 – 2010) und erklärte: „Der nationale Gestaltungsspielraum ist viel größer als von der ÖVP zugegeben wird“.

**NR PIRKLHUBER** (Grüne) bewertet, angesichts des anhaltenden Bauernsterbens, die ÖVP-Agrarpolitik als wenig gerecht und nicht zukunftsweisend. „Das Wegrationalisieren der kleineren Betriebe ist im Tourismusland Österreich keine Lösung.“ Mit Flächenprämien von 295,- Euro/ha, stark abgestuft, sei das Grünland in GAPneu gefährdet. Sonderbar sei, dass die Zuckerquote kein Thema sei, die Milchquote aber abgeschafft wird.

**NR HUBER** (BZÖ) geißelte die Schönwetterpolitik der ÖVP-Bauernvertretung und wies darauf hin, dass in Südtirol der Erzeugerpreis für Milch fast doppelt so hoch ist wie bei uns, ohne dass die Konsumenten mehr bezahlen müssen. Kritik auch an der AMA, die 622 Personen voll- und weitere 200 mit Werkverträgen beschäftigt. In Deutschland werden für die gleiche Leistung lediglich 83 Fachleute benötigt.

**Ex-BR STEINBICHLER** (Team Stronach) pocht auf Erzeugerpreise an Hand von Vollkostenberechnungen in der Urproduktion. An Hand des Bierpreises zeige sich die Fehlentwicklung bei Milch. „Das Gerede von Überschüssen in der heimischen Agrarproduktion seitens der AGES und der AMA ist eine Todsünde gegenüber unseren Höfen.“ Die heimische Qualitätsware wäre ein Trumpf, der gerade von den Genossenschaften besser zu nützen sei.

**Obfrau FELDHOFER** (IG-Milch) bringt zum Thema Bauernsterben das Beispiel Waldheimat, früher 48 Betriebe und heute 0. „Das Ende der Milchquote ist eine eiskalte Enteignung.“ Bergland hat eine Lieferregelung nach Quotenende entwickelt, bei der durch Schüttgebühren der Erzeugermilchpreis stark nach unten gedrückt wird. Sie berichtete außerdem von einem Besuch bei Agrarkommissar CIOLOS in Brüssel, der sehr betroffen war zu hören, was sich draußen bei den Bauern abspielt.

**LKR ILSINGER** (UBV) wies darauf hin, dass es so nicht weitergehen könne. 27% Betriebsaufgaben seit dem EU-Beitritt 1995, grobe Ungerechtigkeiten bei der Flächenermittlung führen zu weiteren Betriebsaufgaben. Er forderte das politische Bekenntnis zur flächendeckenden Landwirtschaft in die Tat umzusetzen und zwar ohne sklavenähnliche Abhängigkeit der Bauern und ohne Überregulierungen im Agrarbereich.

**Georg MAIER** (IG-Milch) führte souverän durch den spannenden Abend, der mit IG-Milchshake und großen Erwartungen in die Ausführungen der Gäste am Podium begann. Man muss vorsichtig sein gegenüber Politikeraussagen, dennoch nährten diese Hoffnungen.

## ÜBER 800 KAMEN NACH SINABELKIRCHEN

Wie in der Feber/UBZ angekündigt, fand am 1. März in Sinabelkirchen eine weitere Podiumsdiskussion statt. Veranstaltet von der „Aktion gemeinsamer Bauern“, einem Zusammenschluss kritischer, selbstbewusster Obstbauern, die, unterstützt vom UBV-Steiermark, gegen die jüngsten Agrarbeschlüsse mobil machen.

Die als Veranstaltungsort dienende Mehrzweckhalle war bis auf den letzten Platz besetzt. Mehr als 800 Bäuerinnen und Bauern waren aus der Steiermark, Kärnten, Niederösterreich, dem Burgenland und sogar aus Vorarlberg gekommen, um mit den Agrarsprechern der Parlamentsparteien über die Unzulänglichkeiten und Fehler in der Agrarpolitik zu diskutieren.

Lediglich die ÖVP ließ sich durch keinen gewählten Mandatar vertreten, sondern schickte BB-Direktor Dr. Johannes ABENTUNG. Der stand auf verlorenem Posten und musste den Zorn der Bauern und die Kritik der oppositionellen Agrarsprecher ziemlich hilflos über sich ergehen lassen.

Das Hauptdiskussionsthema war die neu eingeführte Obergrenze von 10 Hektar Obstanlagen für die steuerliche Pauschalierung von Obstbaubetrieben, vorgeschlagen von der Bauernbundführung. **NR Kurt GASSNER (SPÖ) selber kein Bauer, sondern Lehrer räumte ein, dass aus seiner Sicht der Ländliche Raum und damit die Bauern in Gefahr seien. Was fehle sei eine Arbeitsplatzbewertung als Grundlage für die Gewährung von Förderungen.** Dazu berichtete der Obstbauer Hans HERBST, dass Gespräche mit GASSNER bereits zu Ansätzen einer positiven Lösung geführt hätten.

Am Podium saßen wieder jene, wie in der vorerwähnten Podiumsveranstaltung. **LKR Johann ILSINGER** charakterisierte die Lage der Grünlandbauern, „wo mit der Milch nix zu verdienen ist, auch nicht mit 100 Kühen“. Unbedingt notwendig sei hier eine flexible Mengenregelung. **Den Wegfall der Mutterkuhprämie bezeichnete er als Anschlag auf die Existenz der Bergbauern.**

**NR JANNACH** verwies auf Änderungsvorschläge der FPÖ um Wettbewerbsgleichheit für die heimische Bauernschaft zu erreichen, die allesamt von der ÖVP abgelehnt wurden.

**NR HUBER** warf dem BB-Direktor vor die Unwahrheit zu sagen, wofür er Beweise habe. Keinerlei Beifall erntete der Direktor der LK-Steiermark nach seiner Wortmeldung.

Scharf angegriffen wurde Steuerberater **Mag. SCHELLMANN**, ein Weinbauernsohn, der die steuerliche Vollpauschalierung bekämpft. Er wurde gefragt warum er denn Steuerberater sei, wenn sich in der Landwirtschaft ohnehin so viel verdienen lasse. Diese, aber auch die Frage „wer von denen am Podium denn ausschließlich von der Landwirtschaft lebe“, blieben unbeantwortet.

In der aufgeladenen Atmosphäre spiegelten sich wider Unmut und Zorn über die gegenwärtige Agrarpolitik, die Untätigkeit der LK in Vertretung der Interessen ihrer Pflichtmitglieder und der selbstherrliche Umgang der AMA mit den Bauern.

„Wir sind am Ende unserer Geduld angelangt“, formulierte ein Diskutant. Den Kern des Übels sprach **NR PIRKLHUBER** an, als er sagte: „**Das System ist faul, denn in einem gesunden Wirtschafts- und Agrarsystem leben die Bauern vom Verkauf ihrer Produkte.**“ – Die rundum gelungene Veranstaltung endete offiziell um 23 Uhr.

ALLES JOHANN ILSINGER

## AUSSPRACHE MIT BB-PRÄSIDENT NR JAKOB AUER

Es dürfte sich doch einiges bis nach Wien herumgesprochen haben und so gab es bald nach der Podiumsdiskussion einen Gesprächstermin beim Präsidenten des Österr. Bauernbundes für UBV/La.-Obmann Johann ILSINGER und mutige Obstbauern unter Führung von Johann HERBST.

Nach einer zweistündigen, sehr sachlich geführten Aussprache, konnte man über die Art und Weise dieses Meinungsaustausches durchaus zufrieden sein. Von einem erfreulichem Ergebnis zu sprechen, weil BB-Präsident NR Jakob AUER sagte, „sollte der Koalitionspartner die angesprochenen Lösungen mittragen, gibt es bei der ÖVP kein Problem die begründeten, vorgebrachten Forderungen umzusetzen“, wäre mehr als voreilig. Denn man sollte sich erinnern, dass NR AUER, der von der ÖVP autorisierte Alleinverhandler mit dem Koalitionspartner SPÖ betreffend Einheitswertfeststellung war.

Bei den von der Delegation vorgebrachten Forderungen ging es im Wesentlichen um eine Hinaufsetzung der Pauschalierungsobergrenze auf 40 ha für Obstbaubetriebe und um Einheitswerte auf Basis

des festgestellten 18-fachen Reinertrages, wie es das Gesetz vorschreibt. Natürlich kamen auch die enormen Probleme der Almbauern zur Sprache. Allein in Tirol haben 3.000 Almbauernfamilien Rückforderungen und ein erheblicher Teil von ihnen auch Sanktionen zugestellt bekommen.

Wenn dem UBZ berichtet wurde, dass diesbezüglich der Herr BB-Direktor erklärte, dass „er die falsche Adresse sei, selber schon – aber ohne Erfolg – beim Landwirtschaftsminister vorgesprochen habe“, so ist dies unglaublich. NR Jakob AUER ist als BB-Direktor mit der Erklärung angetreten „er werde kein Übergangspräsident sein“ und das ist er auch nicht. Er ist ÜBERALL dabei, mischt überall mit. Als Vorsitzender des parlamentarischen Finanzausschusses sowie des Agrarausschusses, und als oberster Funktionär des österreichischen Bauernbundes ist ihm nicht abzunehmen, dass seine Intervention beim Bauernbündler BERLAKOVICH erfolglos war.

## OBERÖSTERREICH:

### BAUERNDемо VOR DER KAMMER

Die Zufahrt ist schmal in den Park, in dem die OÖ Landwirtschaftskammer steht, oben auf der Gugl, oberhalb der Innenstadt von Linz. Links und rechts davon standen die Bäuerin und die zahlreichen Bauern mit ihren in Großbuchstaben beschriebenen Tafeln und Spruchbändern. Unübersehbar, denn dort gibt es kein Ausweichen.

Das Wetter an diesem 8. März war sonnig, die Stimmung der mit Recht verärgerten, empörten Demonstranten – frostig. Jene der zufahrenden Festteilnehmer betroffen vom Unerwarteten. Man war ja zur Feierstunde „80 Jahre Landwirtschaftskammer OÖ“ unterwegs und nun sieht man sich mit nicht eingehaltenen Versprechen, Fehlern der Agrarpolitik und mit all den existenzbedrohenden Problemen, welche die Bauernschaft bedrücken, konfrontiert.

UBV-Präsident KEPLINGER, bei der Demo vorne dran, hatte spontan, ganz kurzfristig dazu aufgerufen. An der Feier nahm er nicht teil. Es kamen aber nicht nur Mitglieder des UBV, die mit ihren Tafeln in den Händen (auch die Stützmauer auf der einen Zufahrtsseite eignete sich bestens für deren Präsentation) der Presse Rede und Antwort standen. Von den Bauernvertretern waren es nur ganz wenige, die auch einmal außerhalb von Wahlzeiten der „Basis“ ihr Ohr liehen.

Minister Nikolaus BERLAKOVICH öffnete nicht einmal das Autofenster, bis ihm die Polizei den Weg frei machte. Gerade ihm wollten die Bauern ja ihre Probleme ganz nahe bringen. Landeshauptmann Dr. Josef PÜHRINGER stieg zwar kurz aus, aber nur um zu sagen, dass er in drei Minuten in der Landwirtschaftskammer sein müsse. Man sah den Landesvater schon häufig leutseliger, aufgeschlossener, verständnisvoller gegenüber seinen Kindern, die Kummer haben. Ohne ihn hätte der Festakt drinnen sicher nicht begonnen. Aber es war ihm halt alles höchst unangenehm, das kam alles unerwartet und er war doch darauf gar nicht vorbereitet.

### Aussagen der Demonstranten

- ▶ „Je mehr Entkoppelung desto größer die Einkommensunterschiede zwischen Ackerbau und Rinderwirtschaft. Sogar die COPA fordert in Brüssel, dass die Rindfleischproduktion über die Mutterkuhprämie gesteuert werde. Die von der EU NICHT verlangte, nationale Streichung dieser, bedeutet eine ruinöse Benachteiligung der Mutterkuhbetriebe. – Schärfste Kritik verdient die Vorgangsweise so mancher AMA-Kontrolloren. Jüngst wurde bei einer Vorortkontrolle von einer Bäuerin sogar Einsicht ins Bankkonto verlangt.“ – (UBV-Präsident Keplinger)
- ▶ „Es soll ganz einfach gehalten werden was versprochen wurde, ansonsten muss entschädigt werden! Für den Milchquotenkauf mussten die heimischen Milchbauern etwa zwei Milliarden Euro aufbringen. – Die Bauern haben keine Skandale zu verantworten, dennoch stellt die AMA weitere

---

Richtigstellung: Frau Christine Pichler-Brix legt entschieden Wert auf die Feststellung, dass den (sehr guten) Artikel „Mutterkuhprämie für Wachstumsbetriebe?“ in UBZ Nr. 94/02/2013 SIE NICHT geschrieben hat. Die Redaktion bedauert hiemit einen irrtümlichen Fehler aus der Übermittlung.

100 Kontrolloren ein, finanziert aus ‚Bauerngeldern‘. – Auch beim Pflanzenschutz besteht Handlungsbedarf. Es darf doch innerhalb der EU keine Bezugsbeschränkungen geben! Das widerspricht doch dem Prinzip des freien Warenverkehrs und fairen Wettbewerbs. Der teure Pflanzenschutzmittel-Führerschein ist auch wieder etwas speziell Österreichisches und einmalig innerhalb der gesamten EU.“ – (LKR Hans Großpözl)

- ▶ „Wir vom Unabhängigen Bauernverband fordern die Beibehaltung der entkoppelten Stiermastprämie und zwar ausschließlich für aktive Stiermäster. – Ebenso, dass Österreich, wie Luxemburg, zu 100 Prozent als ‚Benachteiligtes Gebiet‘ ausgewiesen wird. – Auch fordern wir die Wiedereinführung des Agrardiesels, den es in vielen EU-Staaten auch weiterhin gibt. Dies sowohl aus Gründen eines fairen Wettbewerbs innerhalb der EU, als auch zur Kostenentlastung der land-/forstwirtschaftlichen Betriebe, die auch 2012 neuerlich Einkommensverluste und zwar von über 10 Prozent hinnehmen mussten.“ – (LKR Hannes Winklehner)
- ▶ „Die großen Skandale machen Großkonzerne, und wir müssen den Schaden ausbaden. – Eine Schweinerei.“ – (Milchbauer Erwin Thumfart)
- ▶ „Wir möchten einfach DANKE sagen für all die stetig steigenden Belastungen und Steuern.“ – (Ein ironischer Thomas Morteschläger)
- ▶ „Millionen ausländischer Schweine werden durch Missbrauch zu österreichischen gemacht.“ – (IG-Fleischobmann Leo Steinbichler)
- ▶ „Unsere eigene Interessenvertretung arbeitet gegen uns. Wir fühlen uns allein gelassen.“ – (Albert Brandstetter)

„Wir haben keinen Grund zum Feiern“, halten alle drei Kammerräte des UBV fest. Zu viel Parteipolitik und viel zu wenig berufsständische, sachliche Zusammenarbeit kennzeichnet derzeit unsere Kammer. In der „unabhängigen“ LK sind wir die einzige Fraktion, auf die kein parteipolitischer Druck ausgeübt werden kann. ‚GEMEINSAM im berufsständischen Interesse‘, dafür steht der UBV, der BB redet nur davon. Das ist gar nicht gut für den Bauernstand, deshalb unser Protest!

## UBV STELLT VIER ANTRÄGE

Auch in die Vollversammlung am 15. März brachte die UBV-Fraktion Anträge ein. Es waren diesmal vier, die allesamt brandaktuelle Problemthemen zum Inhalt haben. Sie lauten:

1. Die Vollversammlung fordert den Landwirtschaftsminister auf, **die rechtlichen Grundlagen für das ÖPUL-Verlängerungsjahr 2014 so zu gestalten, dass Abweichungen aus 2014 zu keinen rückwirkenden Sanktionen der Jahre 2007 – 2013 führen.**
2. Die Vollversammlung fordert den Landwirtschaftsminister auf, das Pflanzenschutzmittel-Gesetz zu novellieren und dem Nationalrat zur Beschlussfassung vorzulegen. Pflanzenschutzmittel, die in Österreich zugelassen und registriert sind, müssen auch weiterhin im EU-Raum erworben und in Österreich angewendet werden dürfen.
3. Die Vollversammlung fordert die Finanzministerin und den Nationalrat auf, für land-/forstw. Betriebe, die derzeit in der Umsatzsteueroption sind, das bisher angewandte Steuerrecht für den 5-jährigen Verpflichtungszeitraum beizubehalten.
4. Die Vollversammlung fordert den Landwirtschaftsminister auf, die bisherigen ge- und entkoppelten Tierprämien an AKTIVE Tierhalter, auch in der neuen Förderperiode zu gewähren.

Der UBV hält fest, dass alle vier Anträge EU-konform sind. Drei von ihnen könnten gemäß dem Handlungsspielraum der auf nationaler Ebene besteht, jederzeit in Österreich umgesetzt werden. Jener, der das Pflanzenschutzmittel-Gesetz mit seinen einschränkenden Bestimmungen zum Inhalt hat, fußt auf einem der Grundprinzipien der „europäischen Gemeinschaft“, nämlich dem freien, uneingeschränkten und gleichberechtigten Handel innerhalb der EU.

Dieses Mal fand ein Antrag, nämlich der ERSTE, die Unterstützung aller Fraktionen. Mit BB-Mehrheit plus den SPÖ-Stimmen, wurden die Anträge 2, 3 und 4 abgelehnt. Sie wurden nicht einmal zur Beratung einem Ausschuss zugewiesen. Die Freiheitliche Bauernschaft hat dieses Mal alle UBV-Anträge unterstützt.